

Referenden in Aussicht gestellt

Der Bund der Steuerzahler hat gestern zwei Referenden angekündigt: Gegen höhere Löhne des Stadtrates und Gelder für eine neue Kinderkrippe.

Sabine Schneiter

«Wir versuchen, beide Vorhaben abzuschliessen», erklärt SVP-Kantonsrat Claudio Schmid vom Bund der Steuerzahler (BdS). Die Organisation hat gestern eine Medienmitteilung versandt, in der sie zwei Referenden ankündigte – gegen Vorhaben, die derzeit allerdings noch nicht genehmigt sind.

Einerseits hat der BdS die geplante Kindertagesstätte an der Gringlenstrasse im Visier («ZU»/«NBT» vom 15. Dezember); für diese rechnet die Stadt mit jährlichen Mietkosten von 48000 Franken und mit einem Anteil von 38000 Franken am Bruttodefizit: «Als wir von den jährlich wiederkehrenden Subventionen hörten, war gleich klar: Wir ergreifen das Referendum», so Schmid. Sollte der Gemeinderat das Projekt also dereinst annehmen, stellt der BdS eine Abstimmung an der Urne in Aussicht. Ebenso will die Organisation das Referendum ergreifen, falls der Gemeinderat höhere Entschädigungen für den Bülacher Stadtrat genehmigen sollte. Dabei bezieht sie sich auf den am Montag überwiesenen Vorstoss von Heinz Kousz (SVP). Dieser beauftragt den Stadtrat, eine neue Entschädigungsverordnung für sich selbst auszuarbeiten. «Ich gehe davon aus, dass das an der Urne ganz klar abgewiesen würde», ist Schmid überzeugt.